

118. Ord. Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg

05.01.2019

Beschluss: Klimaziele 2030 öko-liberal erreichen

Die FDP hat die einmalige Chance, sich mit einem öko-liberalen Konzept an die Spitze einer effizienten und kostenbewussten Klimapolitik zu stellen, um die von der Europäischen Union vorgegebenen Klimaziele auch wirklich zu erreichen. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen, dass die Folgen des durch Menschen verstärkten Klimawandels nur durch entschlossenes und schnelles Handeln gemildert werden können und zwar durch gut 2,5 % Emissionsminderung jährlich.

Die FDP sieht dazu zwei prioritäre Handlungsfelder:

1. Vermindern des Ausstoßes von Treibhausgasen und
2. Die Bindung von CO₂ aus der Luft durch Bäume.

Die FDP will die Wirtschaft nicht mit immer neuen staatlichen und bürokratischen Ge- und Verboten gängeln. Diese bisherige deutsche Energiepolitik, als Motor der Klimapolitik, hat sich als ineffektiv und viel zu teuer herausgestellt und wird zurecht vom Bundesrechnungshof im Sonderbericht 2018 „Koordination und Steuerung zur Umsetzung der Energiewende durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie“ scharf kritisiert: zu teuer, zu bürokratisch und gesteckte Klimaziele deutlich verfehlt. Dagegen fordert die FDP die Realisierung ihrer langjährigen Programm-Aussagen: Nachhaltiges Wirtschaften mit Blauem Wachstum und das Verursacherprinzip für Umwelt- und Klimapolitik.

Darüber hinaus will die FDP die unternehmerischen und innovativen Fähigkeiten, insbesondere der mittelständischen Unternehmen, mobilisieren, wenn es darum geht, mit technischem Fortschritt Energie und Ressourcen einzusparen und/oder effizienter zu nutzen.

Handlungsfeld 1:

Die FDP will durch die Implementierung des Verursacherprinzips mit flexiblen marktwirtschaftlichen Instrumenten technologieoffene und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, da nur so die von der EU vorgegebenen Emissions-Reduktionsziele konsequent und kostenoptimal bis 2030 erreicht werden können.

Die FDP greift auch das Alarmsignal des IPCC Berichtes 2018 auf und setzt zur Erreichung der ambitionierten revidierten Klimaziele auf den EU-Emissionshandel mit der Bepreisung von CO₂ als zentrales Steuerungsinstrument – ausgedehnt auf alle Treibhausgasemissionen und alle Sektoren, also auch Wärme und Mobilität. Nur umweltgerechte Preise geben der Wirtschaft die richtigen Signale für unternehmerisches Handeln.

Mit diesem europäisch koordinierten Instrument vermeidet die FDP die Schwachpunkte der derzeit primär nationalen Instrumente – zu zeigen am Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) – die im EU-Binnenmarkt oftmals den Wettbewerb zulasten der deutschen Wirtschaft verzerren oder durch Standortverlagerungen ohne Klimaverbesserung verpuffen.

Der Umbau der bislang vorrangig nuklear-fossilen deutschen Energiewirtschaft zu einer Low Carbon Economy steht dabei im Mittelpunkt und ist ein Konjunkturprogramm ohnegleichen. Er schafft neue hochwertige und technologisch anspruchsvolle Arbeitsplätze für die nächsten Jahrzehnte und soll nach den Vorstellungen der Liberalen in enger Verzahnung von privaten und staatlichen Investitionen vorangebracht werden. Insbesondere der Mittelstand kann davon profitieren, indem er schnell und innovativ die sich bietenden Chancen nutzt.

Die in den verschiedensten Bereichen vorhandenen oder noch auftretenden bürokratischen oder planungsrechtlichen Investitionshindernisse sollen schnellstmöglich abgebaut werden, um den jetzt schon vorhandenen Investitionsstau – insbesondere für Verkehrsinfrastrukturprojekte und Leitungssysteme – aufzulösen. Planfeststellungsverfahren sollen zeitlich auf maximal drei Jahre limitiert werden.

Auch die international oftmals kritisierten deutschen Außenhandelsüberschüsse können so vermindert werden, da die für den klimapolitischen Strukturwandel notwendigen Investitionen eine deutliche Steigerung der Binnennachfrage bewirken.

Handlungsfeld 2:

Nach Ansicht aller Klimaexperten wird eine Verminderung der Emissionen nicht ausreichen, um die Klimaentwicklung in verträglichen Bahnen zu halten. Deshalb muss schon heute die in der Atmosphäre vorhandene Übermenge an CO₂ mit Hilfe der Fotosynthese von zusätzlich gepflanzten Bäumen wieder aus der Luft zurückgeholt werden.

Darüber hinaus ist jetzt schon absehbar, dass der Umbau der deutschen Energiewirtschaft noch Jahrzehnte dauern wird, verbunden mit weiteren unvermeidbaren Emissionen. Diese und der bisherige Überschuss können mit

den geringsten volkswirtschaftlichen Kosten durch massive Vergrößerung der weltweiten Waldflächen wieder eingebunden werden. Die Anrechnung solcher weltweiten staatlichen oder privaten Aufforstungsinitiativen im EU-Emissionshandelssystem wird von den Liberalen unterstützt.

Die entwicklungspolitischen Initiativen mit dem Ziel, die bisherige Waldzerstörung und den Holz-Raubbau deutlich zu vermindern (REDD), müssen verstärkt und durch neue Instrumente ergänzt werden. Teile der Einnahmen aus den Emissionszertifikaten sollen für die Förderung der forstlichen Bindung von CO₂ verwendet werden und so private Investitionen in nachhaltig bewirtschaftete Wälder global attraktiver machen.

Ein weiterer Rückgang durch Umnutzung von Waldflächen, insbesondere für Siedlungszwecke oder Infrastrukturmaßnahmen, ist nicht hinnehmbar. Deshalb müssen solche umgewandelten Waldflächen durch umgehende Neupflanzungen an anderer Stelle kompensiert werden.

Vielfältige technische Lösungen für eine CO₂ Bindung in Produkten oder die derzeit noch umstrittenen Verpressungs (CCS)-Verfahren sollen weiter bis zum Nachweis einer umweltverträglichen Praxistauglichkeit in der Forschung und Entwicklung gefördert werden.

Mit diesen Argumenten beweist die FDP, dass sie die gigantischen Anstrengungen, die es erfordert eine gesamte Volkswirtschaft von ursprünglich über 10 Tonnen CO₂ Ausstoß je Person und Jahr in nur 6 Jahrzehnten (1990 bis 2050) auf eine Tonne abzubauen, ernst nimmt. Sie zeigt jedoch dank der vorgeschlagenen flexiblen und marktwirtschaftlichen Instrumente einen Weg auf, der es erlaubt das ambitionierte Klimaziel kostenoptimal zu erreichen und der beteiligten Wirtschaft und Gesellschaft eine größtmögliche Freiheit vor staatlicher Gängelung zu gewährleisten.